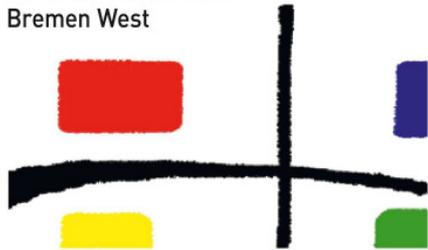


Präventionsrat  
Bremen West



## Präventionsrat Bremen West

c/o Gesundheitstreffpunkt West  
Gröpelinger Bibliotheksplatz  
28237 Bremen

☎ 61 70 79 Fax 616 91 47

Mail: [info@praeventionsrat-bremen-west.org](mailto:info@praeventionsrat-bremen-west.org)

Web : [www.praeventionsrat-bremen-west.org](http://www.praeventionsrat-bremen-west.org)

### Präventionsrat Bremen West – UAG Perspektive Gröpelingen

#### Einschätzung des bisherigen Prozessverlaufs von Entwicklungsagentur West, Integriertem Entwicklungskonzept (IEK) und Projektorientiertem Handlungsprogramm (pop)

Nach dem Scheitern des Prozesses "Entwicklungsagentur West" haben sich in der UAG Menschen aus Einrichtungen des Stadtteils getroffen, die in dem Prozess der Entwicklungsagentur nicht einbezogen wurden.

Damit fehlten dem Projekt wesentliche Bausteine, denn diese Einrichtungen leisten in der Alltagsarbeit wichtige Beiträge zum Zusammenhalt im Stadtteil. In der UAG Perspektive Gröpelingen wurden dann die inhaltlichen Positionen erfasst, die in dem ursprünglichen Prozess keine Berücksichtigung erfahren hatten. Es ging der Arbeitsgruppe aber ausdrücklich nicht um eine grundsätzliche Ablehnung des Entwicklungsagenturprozesses, sondern um eine Ergänzung um die real vorhandenen Potentiale im Stadtteil. Damit wollten wir die teilweise Übergewichtung auf kulturell/künstlerisch/gestaltende und rein objektbezogene Zielsetzungen erweitern. In vielen Gesprächen haben wir die Bedeutung der Netzwerkarbeit des Präventionsrates West und die darin liegende Chance zur Beteiligung und Gestaltung der Entwicklungsprozesse in Gröpelingen deutlich gemacht. Die Resonanz war überwiegend sehr gut, zumindest im politischen Bereich haben wir viel Unterstützung erfahren.

Bezogen auf die Zentralbürokratien haben wir leider nicht so viel bewegen können. In einem nach langer Zeit der Bittstellung zustande gekommenen Gespräch mit dem Bauressort wurde unser Papier als gute Grundlage deklariert. Unser Vorschlag, doch zunächst einmal in Stadtteilworkshops Vorstellungen der Menschen zu erfassen, welche Entwicklungsansätze sie für ihr Quartier sehen, wurde als nicht machbar deklariert. Stattdessen wolle man erst einmal intern ein Konzept erarbeiten, das dann mit den Stadtteilpolitikern diskutiert werden sollte. Danach würde der Prozess geöffnet und unsere Positionen könnten einbezogen werden. **Mit dieser Aussage war nach Einschätzung der Arbeitsgruppe deutlich geworden, dass eine wirkliche Bürgerbeteiligung an der Konzeptionierung von Entwicklungsschwerpunkten durch die verantwortlichen Planer des Bauressorts nicht gewollt war und ist.**

In dem dann folgenden Prozess wurde diese Einschätzung bestätigt. Es wurde ein umfänglicher Prozess (Integriertes Entwicklungskonzept - IEK und Projektorientiertes Handlungsprogramm - pop) organisiert, in dem vier Projektfamilien (Knüpfwerk, Siedlungsperven - diese Familie wurde später umgetauft, weil der Name für das Konzept der Nazis zur Besiedelung Osteuropas stand, Schaufenster und Laufbahn) einschließlich einer detaillierten Vorgabe zur Diskussion gestellt wurden. Die dazu organisierten Workshops waren nicht öffentlich, es wurde gezielt zu ihnen eingeladen. Wir haben uns dann allerdings in einige selbst eingeladen. **Der Charakter der Workshops wurde von uns nicht als ergebnisoffen eingeschätzt, sondern unser Eindruck war, dass durchdeklinierte Projekte mit einem Mantel eines Beteiligungsverfahrens versehen werden sollten.** So sind beispielsweise Maßnahmen, die in einem Workshop mehrheitlich abgelehnt wurden, trotzdem in dem Ergebnispapier weiterhin enthalten. Es sind auch Maßnahmen vorgeschlagen worden, die von den Beteiligten in den Workshops direkt abgelehnt worden sind. Andere Maßnahmen sind weit entfernt von der Realität im Stadtteil enthalten geblieben (Humann Quartier), weil sie den beteiligten Architekten offensichtlich gefallen. Dann scheinen auch bestimmte Projekte bereits im Vorfeld fixiert worden zu sein, ohne dass dieser Prozess in den Workshops deutlich geworden ist (Brauerei). Schließlich hat sich nach Einschätzung der Arbeitsgruppe eine deutliche Verlagerung der Schwerpunkte von Gröpelingen nach Walle ergeben. Es sind aber auch Impulse aus unserem Papier aufgegriffen und in die Konzeption einbezogen worden. Das gilt z.B. für das Bewegungsprojekt „Gröpelinger Sportmeile“, das den Leuchtturmstatus im pop - Prozess erreicht hat.

Die Krönung des bisherigen Prozesses war dann die Präsentation der Arbeitsgruppenergebnisse unter dem Titel "pop im Paradijs" als Stadtteilkonferenz. Eine ca. 50qm große Stadtteilfeile, mehrere hundert Paletten, eigene pop - Sticker mit dem extra entwickelten Logo sowie aufwändigste Darstellung von Prozessen, die teilweise gar nicht im Rahmen des pop-Prozesses organisiert waren, suggerierten eine breite Basis und eine breite Beteiligung der Menschen im Stadtteil. Allein die Kosten für diese Präsentation dürfte sich weit im fünfstelligen €-Bereich bewegt haben, dazu die Kosten für die beauftragten Büros und dergleichen. Wir fragen uns natürlich, woher plötzlich so viel Geld im Haushaltsnotlageland Bremen kommt, in dem gleichzeitig die ohnehin geringen Mittel für die Jugendarbeit zusammengestrichen werden und wichtige Institutionen des sozialen Zusammenhalts im Stadtteil geschlossen werden oder von der Schließung bedroht sind. Den Verbleib der 400.000 €, die für Maßnahmen im Stadtteil vorgesehen waren, konnte uns bisher niemand so wirklich plausibel erklären. **Kennzeichnenderweise gab es in der gesamten Präsentation keinen Raum zur Diskussion - es wurde ein fertiges Produkt verkauft.**

Trotz der vielen bunten Eindrücke und des professionellen Marketings waren **drei strukturelle Mängel** der Veranstaltung nicht zu übersehen.

1. In den Referaten wurde die Notwendigkeit **des ressortübergreifenden Handelns** stark herausgehoben. **Der Prozess in Bremen findet unter Ausschluss von Inneres (Sicherheitspartnerschaften), Soziales, Arbeit, Wirtschaft und Gesundheit statt, obwohl doch der Anlass zur Schwerpunktsetzung die unbefriedigenden Sozialindikatoren in Gröpelingen sind.** Damit besteht ein Widerspruch zu den selbst formulierten Ansprüchen und auch zu den Notwendigkeiten eines integrierten Handelns zur strukturellen Verbesserung in Hinblick auf die Armutssituation im Stadtteil. Die unterschiedlichen Berichte der Arbeitnehmerkammer zur Gesundheit, Bildung und sozialer Stellung belegen den starken Zusammenhang dieser drei sich teilweise sogar gegenseitig bedingenden Grundlagen. Es ist systematisch in dieser Konstellation bedingt, dass die durchschnittliche Lebenserwartung der Menschen mit dem Lebensmittelpunkt in Gröpelingen um mehrere Jahre (6-8) niedriger ist als die der Schwachhausener.

2. Der "TOP-DOWN" organisierte Prozess führt zu einer **Konzeption von Stadtteilentwicklung, die sehr objektbezogen ist und von daher die realen Bedarfe der Menschen, die sozialen Konstellationen und die Potentiale im Stadtteil weitgehend ausblendet.** Die Interessen der Zentralbürokratie und der professionell und kommerziell ausgerichteten Planungsbüros stehen so vor den sozialen Interessen im Stadtteil. Damit stehen sie auch im Widerspruch zur Begründung der Auswahl Gröpelingens als zu entwickelnde Schwerpunktregion, nach der die immer noch problematischen Sozialindikatoren strukturell verändert werden sollen. Böse gesagt: Die Armut eines Teils der Gröpelinger Bevölkerung wird zugunsten der eigenen bürokratischen und kommerziellen Interessen instrumentalisiert.

### **3. Wesentliche Gruppen der Bevölkerung waren nicht präsent.**

Insgesamt schätzt die Arbeitsgruppe das Ergebnis des Prozesses so ein, dass wir einige wenige Impulse i.S. der von uns formulierten Nutzung der Potentiale, die in Gröpelingen vorhanden sind, nutzen konnten. Leider haben wir aber den Prozess und die Inhalte nicht wesentlich zugunsten der Projekte des sozialen Zusammenhalts umsteuern können. Wir sind aber trotzdem mit unserem Anteil zufrieden, weil wir mit unserem Auftreten in den doch sehr professionell durchstrukturierten Prozessen wenigstens immer wieder bestimmte Anliegen thematisieren konnten. Das wird in den kommenden Prozessen auch weiterhin notwendig sein.

Mit diesem scheinbaren Beteiligungsverfahren hat das Bauressort jetzt die formalen Grundlagen gelegt, um Bundes- bzw. EU-Mittel für den IEK Prozess zu beantragen. Der Prozess wird also weitergehen und wahrscheinlich wird es auch zu einer Umsetzung der Planungen kommen. **Wir haben uns deswegen vorgenommen, nach der Sommerpause unsere Arbeit fortzusetzen. Dazu möchten wir eine Beteiligung von MigrantInnengruppen erreichen und unser Papier aktualisieren, um so die Handlungsbedarfe und die real existierenden Potentiale (die Planer nennen das in ihren Papieren Schätze, die es zu heben gilt - wir sind aber doch real da) aufzuzeigen und die politischen Entscheidungsträger damit zu konfrontieren.**

*Vorgestellt im Forum des Präventionsrates am 02.07.14 - Grundlage für die Weiterarbeit der UAG*